

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

- [Zu dieser Ausgabe](#)
- [innova eG: Mit Genossenschaftsgründungen gegen Dauerarbeitslosigkeit - Tagung vom 4. bis 6.7.2003 in Leipzig](#)
- [innova eG: Neue Arbeitsplätze in Genossenschaften ?](#)
- [innova eG: Gründungshemmnisse bei Genossenschaften](#)
- [Sozialgenossenschaften: Tagungen zum Thema und Dokumentationen](#)
- [Fachbeitrag: Gemeinwesenökonomie und Genossenschaften](#)
- [Genossenschaftsgesetz: BzFdG-Vorschläge erneut aktualisiert](#)
- [Bericht vom Forum: Schritte auf dem Weg zur genossenschaftlichen Fusion](#)
- [Wohnen: Arbeitskreis Wohnen: Termine / Themen ?](#)
- [Vereinsnachrichten: Mitgliederversammlung am 7.11.2003 in Berlin](#)
- [Vereinsnachrichten: Zuwendungsbestätigung über den Mitgliedsbeitrag 2003](#)
- [Termine](#)
- [Mitglied werden - Mitglieder werben - Beitrittserklärung](#)
- [Impressum](#)

Zu dieser Ausgabe

Der Vorsatz ist, die GENOINFOS möglichst quartalsweise herauszubringen. Die Wirklichkeit ist wieder einmal eine andere. Wenn die Nr. 1/2003 erst gegen Ende des 2. Quartals kommt, dann mag das Mitglieder und Freunde des Genossenschaftsgedankens ebenso wie den Herausgeber selbst daran erinnern, dass die Vereinsarbeit rein ehrenamtlich geleistet wird und sich aus vielfältigen Aktivitäten gelegentlich auch veränderte Prioritäten ergeben.

Eine dieser Prioritäten ist, dem innova-Projekt „Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften“ zum Erfolg zu verhelfen. Vor welchen Aufgaben und Problemen der Projektträger, die vom BzFdG mitgegründete innova eG, steht, damit befassen sich die ersten Beiträge.

In diesem Zusammenhang beschäftigt den Verein, aber auch Dritte das Thema Sozialgenossenschaften weiter. Die Rechtsform der Genossenschaft als Träger nicht nur von sozialen Diensten und Einrichtungen gewinnt in einer Situation, die vermehrt auf die Selbsthilfekräfte der Gesellschaft in vielen Lebensbereichen abstellt, neue Aktualität.

Mit den nochmals bearbeiteten Änderungsvorschlägen zum Genossenschaftsgesetz zielt der Verein auf Erleichterungen für Neugründungen und für den Betrieb kleiner Genossenschaften.

Der Arbeitskreis Wohnen hat sich in seinen letzten Sitzungen insbesondere mit den Rahmenbedingungen für die genossenschaftliche Übernahme von Wohnungsbeständen durch die bisherigen Mieter befasst. Die nächsten Sitzungen sind terminiert. Die Themen sind noch offen. Anregungen aus der Mitgliedschaft sind ausdrücklich erwünscht.

Eigentlich sollte bereits diese Ausgabe der GENOINFOS per Email verschickt werden, jedenfalls an die große Zahl der Mitglieder, die sich für diese kosten senkende Kommunikation ausgesprochen haben. Da die technische Vorbereitung noch nicht abgeschlossen ist, muss es für dieses Mal noch heißen: Gelbe Post.

Doch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Die GENOINFOS sind übrigens auf Beiträge und Hinweise „rund um den Genossenschaftsgedanken“ auch und gerade aus dem Kreis der Empfänger angewiesen.

Für alle Mit- und Zuarbeit dankt der Vorstand !

Wolfram Püschel - Schatzmeister / Geschäftsstelle

innova eG: Mit Genossenschaftsgründungen gegen Dauerarbeitslosigkeit - Tagung vom 4. bis 6.7.2003 in Leipzig

Leipziger Fachtagung will moderner Genossenschaftsbewegung den Rücken stärken

Die innova eG, Leipzig, will mit einer Fachtagung für Genossenschaftsgründungen neue Impulse zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit geben. „Das traditionsreiche Erfolgsrezept der Gruppenselbsthilfe“ sei in Zeiten der Hochkonjunktur „weitgehend aus dem Blickfeld der Beschäftigungspolitik geraten“, sagte Veranstaltungsleiter Burghard Flieger bei der Vorstellung des Tagungsprogramms in Leipzig. Dabei biete „gerade die genossenschaftliche Organisation große Vorteile beim Aufbau dauerhafter Beschäftigungsperspektiven in wirtschaftlich schwachen Zeiten“.

Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ werden vom 4. bis 6. Juli in Leipzig namhafte Referenten aus der Genossenschaftspraxis, aus Wissenschaft und Politik Voraussetzungen und Förderbedingungen für soziale Unternehmensgründungen erörtern. Ebenso im Vordergrund stehen Fragen der effektiven Selbstorganisation, Selbstverantwortung, Anschubfinanzierung und der Wahrnehmung von Marktchancen.

Aber auch Praxiserfahrungen über Risiken und Fallstricke während der Gründungsphase von Genossenschaften sollen nicht ausgeklammert werden. Nicht zufällig fällt das dreitägige Seminar mit dem 80. Jahrestag des Internationalen Genossenschaftstages am 5. Juli zusammen. Die innova - Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften* begleitet neue Genossenschaftsprojekte bei Gründung und Aufbau. Sie will mit dem Termin auf die Verbindung von altbewährten und noch heute erfolgreichen Genossenschaftsunternehmen in Landwirtschaft, Verbraucherselbstorganisation, Wohnungswirtschaft und Finanzwesen zur neuen Genossenschaftsbewegung aufmerksam machen.

Als Mitveranstalter unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung, der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., netz e.V. und der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie die Fachtagung.

Information [hier](#) und Anmeldung unter: www.innova-eg.de Tel: 0341-6810985

innova eG: Neue Arbeitsplätze in Genossenschaften ?

Elisabeth Voß, Berlin

Sind Genossenschaften für Erwerbslose eine Alternative zu aussichtsloser Jobsuche oder Gründung einer Ich-AG? Bieten sie Möglichkeiten, selbstbestimmte Arbeitsplätze zu schaffen? Die Antwort wird aus der Praxis kommen, und es gibt Ansätze, eine solche Praxis zu befördern: Die bundesweit tätige Entwicklungspartnerschaft innova ist eins von 110 EQUAL-Projekten in Deutschland. Sie entstand auf Initiative des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., und unterstützt Erwerbslose bei der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in Genossenschaften.

Das Konzept der Entwicklungspartnerschaft innova sieht vor, in Kooperation mit Bildungsträgern neunmonatige arbeitsamtsfinanzierte Fortbildungen durchzuführen. In dieser Zeit arbeiten Erwerbslose eine vorher nur grob skizzierte Geschäftsidee aus, und gründen am Ende der Fortbildung gemeinsam eine Genossenschaft, in der sie sich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. In den Fortbildungen soll das Wissen erworben werden, das erforderlich ist, um gemeinsam mit anderen ein Unternehmen zu führen. Dazu gehören neben den jeweiligen Fachkenntnissen

auch betriebswirtschaftliches Grundwissen, Kenntnisse über Arbeitsorganisation, Einkauf und Materialwirtschaft, Marketing usw., sowie Kommunikation und Entscheidungsfindung in Gruppen.

Die Gründung eines Unternehmens ist ohnehin eine große, meist langwierige Aufgabe, in diesem Fall noch erschwert dadurch, dass innerhalb eines überschaubaren Zeitraums eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen geschaffen werden sollen, und das mit Menschen, die teilweise schon länger nicht mehr erwerbstätig waren. Darum sollen die Modellprojekte nach dem Muster der gestützten Selbsthilfe entwickelt werden, indem ein interessiertes Umfeld aufgebaut, und möglichst auch direkt in die Genossenschaft eingebunden wird. Das können andere Firmen sein, die mit der Genossenschaft dauerhafte Geschäftsbeziehungen aufbauen als Lieferanten, Kunden oder Kooperationspartner, aber auch private oder öffentliche Einrichtungen, oder interessierte Einzelpersonen.

Bausteine des Projekts

Der Aufbau eines unterstützenden Umfelds ist eine der Aufgaben der ProjektentwicklerInnen der innova, die die Modellprojekte von der ersten Idee, über die Fortbildung, bis zur Gründung und ersten Phase der Geschäftstätigkeit begleiten. Sie werden in ihrer Arbeit unterstützt vom innova-Team, insbesondere von der wissenschaftlichen Leitung, der Personalentwicklung und dem Gender Mainstreaming. Damit werden die Möglichkeiten eines EU-geförderten Projekts genutzt, Zeit und Ressourcen zur Verfügung zu haben für die Entwicklung von Konzepten und Standards für durchdachte Modellprojekte, die den jeweils aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

In drei Teilprojekten bauen der Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, der NETZ Bundesverband und das netz NRW verschiedene Modellprojekte auf. Darüber hinaus wird die innova bundesweit eine Reihe von genossenschaftlichen Ausgründungen aus Beschäftigungsmaßnahmen begleiten. Das Univation - Institut für Evaluation und wissenschaftliche Weiterbildung e.V. führt die Evaluation durch. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V. Schulungen zur Gründung von Genossenschaften anbieten.

Die Entwicklungspartnerschaft hat sich selbst als Genossenschaft innova eG gegründet. Neben den Teilprojektpartnern gehören ihr weitere Partner an, die das Vorhaben mit ihrem Know-how unterstützen: die Bank für Sozialwirtschaft AG (BfS), der Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (GdW), und natürlich der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens. Ergänzend zu den konkreten Modellen werden im transnationalen Teilprojekt mit Partnern aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und Schweden gemeinsame Vorschläge zur Ausgestaltung der Beschäftigungspolitik der EU erarbeitet und eine Datenbank erfolgreicher Unternehmenskonzepte eingerichtet.

Kahlschlag à la Hartz

Es sah alles ziemlich gut aus. Sechs Arbeitsämter hatten Absichtserklärungen zur Kofinanzierung für die Fortbildung gegeben, auf deren Grundlage der EQUAL-Antrag von der EU bewilligt wurde. Nach einer Vorlaufphase (Aktion 1) begann das eigentliche Projekt im August 2002. Dann kam Hartz, und mit ihm die Kürzungen und drastisch verschärften Bedingungen der Arbeitsämter für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, und damit auch für Fortbildungen. Die Verhandlungen zur konkreten Bewilligung der Bildungsmaßnahmen zogen sich in die Länge, immer neue Anforderungen wurden gestellt.

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

Im Herbst 2002 wurde immerhin eine Feststellungsmaßnahme durchgeführt in Grimma (Muldentalkreis), im Februar 2003 begann dort, und auch in Borna jeweils eine Fortbildungsmaßnahme. Mit viel Engagement sind die TeilnehmerInnen nun dabei, auf Grundlage sowohl regionaler Bedarfe, als auch ihrer eigenen Fähigkeiten und Interessen Geschäftsfelder zu entwickeln. Es sollen Dienstleistungen für BewohnerInnen und Unternehmen angeboten werden, z.B. Veranstaltungsservice, Vertrieb regionaler Produkte und weitere Tourismus-Service-Leistungen. Auch eine Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft ist geplant. An den anderen Standorten in Dresden, Köln, Baden-Württemberg und Berlin/Brandenburg wird immer noch mit den Arbeitsämtern verhandelt. Es sind aber auch Alternativen im Gespräch, z.B. Fortbildungen über die Sozialämter oder Kurse mit anderer Finanzierung.

Warum gerade Genossenschaften ?

Kollektive Unternehmensgründungen haben oft eine bessere Tragfähigkeit als herkömmliche Gründungen, das Engagement der GründerInnen hilft gerade über die schwere Anfangszeit eines Betriebes hinweg. Es kann in Genossenschaften zwar auch zu Reibungsverlusten durch die Besonderheiten der Selbstverwaltung kommen, es gibt aber auch einen Zuwachs an Produktivität durch Partizipation. Letztlich kennen nur die Beschäftigten selbst die Feinheiten und Erfordernisse ihres Arbeitsplatzes im Detail, und sie werden dieses Wissen nur einbringen und umsetzen, wenn sie ihre Tätigkeit als ihr eigenes Anliegen begreifen - zum Nutzen des Betriebes und der Volkswirtschaft.

Um das Engagement und die Kreativität, also das volle Arbeitsvermögen zu erschließen, ist es notwendig, dass das Unternehmen überschaubar und transparent bleibt, damit die Einzelnen ihren Beitrag zum gemeinsamen Erfolg erkennen können. Ebenso sind ein gutes Betriebsklima und Übereinstimmung mit den gemeinsamen Zielen erforderlich. Das unternehmerische Denken und Handeln aller Beteiligten wird dann zu einem wirtschaftlichen Erfolgsfaktor, wenn es die Reibungsverluste und den Aufwand der Selbstverwaltung überwiegt.

Kein Allheilmittel

Das Wirtschaften in Genossenschaften stellt kein Allheilmittel dar und wird die Krise nicht beseitigen - eine einfache Lösung gibt es ohnehin nicht. Aber die bisherigen Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung beinhalten Potentiale zum Umgang mit der heutigen Krisensituation, die genutzt werden sollten. Dabei geht es nicht nur um Arbeitsmarktpolitik, sondern eher um gesellschaftliche Werte, nicht zuletzt um die Frage: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Die aktuellen Umwälzungen der sozialen Sicherung lassen befürchten, dass mit der ganzen Palette des "Fördern und Fordern" von Erwerbslosen, letztlich also mit der Drohung des teilweisen oder vollständigen Entzugs von Lohnersatz- oder Sozialleistungen, ein gesamtgesellschaftliches Duckmäusertum eingeläutet werden soll, mit entsprechendem Druck auch auf die heute noch Beschäftigten. Hartz und die Agenda 2010 weisen in die Richtung eines Gesellschaftsmodells mit wachsendem Niedriglohnsektor, deregulierten Beschäftigungsverhältnissen, Individualisierung allgemeiner Lebensrisiken und zunehmender Armut.

Der genossenschaftliche Gedanke, den eigenen (wirtschaftlichen) Nutzen gemeinsam mit anderen zu erreichen, ist zumindest ein Ansatz einer anderen Gesellschaft. Gleichberechtigung der Mitglieder, gemeinsames Eigentum, gemeinsame Entscheidungsfindung und Kooperation erfordern eine innere Haltung der Individuen und ein praktisches Alltagshandeln, das sich deutlich unterscheidet

von dem, was mit dem Begriff "Ich-AG" sehr pointiert und über diese spezielle Form der Existenzgründung weit hinausgehend ausgedrückt wird.

Arbeitsplatzpotentiale

Eine Rechtsform allein schafft noch keine Arbeitsplätze. Aber wenn sich Menschen zusammentun und gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen organisieren, kann vieles gemeinsam kostengünstig und effektiv organisiert werden, und in der Bündelung von Wissen, Kontakten und Ideen Synergieeffekte zum Nutzen aller Beteiligten hervorbringen. Wie jedes andere Unternehmen braucht auch eine Genossenschaft ein tragfähiges Unternehmenskonzept mit einem Geschäftsfeld, das sich am Markt behaupten kann. Da Erwerbslose meist nicht über viel Geld verfügen, also keine umfangreichen Investitionen tätigen können, werden solche Gründungen überwiegend in arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen stattfinden, die sich auf einen lokalen oder regionalen Markt beziehen, im Sinne dezentralisierter Arbeit statt zentralisierter Technologie.

In wirtschaftlichen Kooperationen von Betrieben und Projekten können gemeinsame Strukturen aufgebaut werden, z.B. für Marketing und Vertrieb, gemeinsame Angebotserstellung, Einkauf, Verwaltung, Telefonbereitschaft und Buchführung, Qualifizierung der MitarbeiterInnen, Finanzierung und Beantragung von Subventionen oder Projektmitteln, und gegenseitige Hilfe bei Auftragsspitzen. Darüber hinaus können gemeinsame Wirtschaftskreisläufe und alternatives Wirtschaften in vernetzten Zusammenhängen organisiert und auch stärker in politische Debatten eingebracht werden.

Multi-Stakeholder-Genossenschaften

Eine Chance könnte in der Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen liegen, wenn der Staat - statt sein Tafelsilber wahllos zu versetzen und damit lokalökonomische Ressourcen aus der Hand zu geben - bislang von ihm betriebene Unternehmen den in ihnen Beschäftigten, sowie den von deren Tätigkeit Betroffenen übergibt. Solche selbstverwalteten Einrichtungen oder Multi-Stakeholder-Genossenschaften (z.B. von Beschäftigten einer Kindertagesstätte, Eltern und evtl. auch der Kommunalverwaltung) sind flexibler als staatliche Einrichtungen. Dabei orientieren sie sich an den Interessen der Beteiligten, sind wichtige Bestandteile lokaler Wertschöpfungsketten mit positiven ökonomischen und Arbeitsplatzeffekten auch für ihr direktes Umfeld, und stellen praktische Gegenmodelle zum grenzenlos zentralisierenden GATS (General Agreement on Trade in Services/Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO) dar. Auf keinen Fall darf jedoch mit solchen Konstruktionen der Staat aus seiner Verantwortung entlassen werden. Soziale, kulturelle und Infrastrukturleistungen können nur dauerhaft in hoher Qualität angeboten werden, wenn zumindest eine teilweise öffentliche Finanzierung dafür bereitgestellt wird. Dabei kommt der Vergabe öffentlicher Aufträge eine bedeutende Rolle für das Funktionieren von Unternehmen mit sozialer Zielsetzung zu. Diese kann an bestimmte z.B. soziale oder auch ökologische Voraussetzungen des Unternehmens, das den Zuschlag bekommt, geknüpft werden. In diesem Zusammenhang ist mindestens eine Transparenz von Vergabeentscheidungen, besser noch Mitentscheidung der betroffenen BürgerInnen zu fordern.

Auch zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze können Genossenschaften einen Beitrag leisten, wenn für das oft ungelöste Problem der Unternehmensnachfolge die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Übernahme durch die Belegschaft in die Diskussion gebracht, und entsprechende Beispiele erfolgreich umgesetzt werden.

Missbrauchsgefahr

Es besteht heute ein erhebliches Risiko, dass alternatives Wirtschaften und Selbsthilfe romantisiert oder für Sparpolitik, Deregulierung und Privatisierung missbraucht werden. Wo öffentliche Finanzierungen für Leistungen im sozialen Bereich systematisch abgebaut und Einrichtungen privatisiert werden, kann auch alternative Ökonomie die daraus entstehenden Probleme nicht lösen.

Genossenschaftliche Unternehmen eignen sich nicht als Billiganbieter und sollten sich nicht als solche missbrauchen lassen, und ehrenamtlich Tätige können Fachkräfte in Bereichen sozialer Dienstleistungen nicht dauerhaft ersetzen.

Einer Instrumentalisierung von Selbsthilfe sollte entgegengetreten werden.

Nachhaltig wirtschaftlich tragfähige Strukturen sind nicht zum Nulltarif zu haben, insbesondere dürfen soziale Sicherung und Daseinsfürsorge nicht auf Selbsthilfe und alternative Modelle reduziert werden. Es gibt Menschen, die nicht bereit oder fähig sind zu Selbstverwaltung und bürgerschaftlichem Engagement. Das muss respektiert werden. Insofern impliziert Selbsthilfe als freiwilliges Engagement immer auch die Ausgrenzung der nicht an ihr Beteiligten. Neben der Betonung der Potentiale von alternativem Wirtschaften ist es ebenso wichtig, die Grenzen klar zu erkennen und zu definieren.

Die viel beschworene Selbstverantwortung - heute gerne als Argument für die Einsparung von Sozialleistungen zur Eindämmung einer behaupteten Versorgungsmentalität benutzt - wird im Kontext der gegenwärtigen Debatten zum Umbau des Sozialstaats zum neoliberalen Kampfbegriff. Für einen solchen Missbrauch sollten Genossenschaften sich nicht hergeben.

Gemeinschaftliche ökonomische Selbsthilfe kann dazu beitragen, die Versorgungssituation, die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in benachteiligten Regionen zu verbessern. Genossenschaften können eine geeignete Form für solche Unternehmungen sein.

Kontakt: innova - Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften -, Konstantinstr. 12, 04315 Leipzig,

Tel.: 0341 - 68 10 985, Fax: 0341 - 68 11 786, info@innova-eg.de, www.innova-eg.de

Anhang:

Zur Gemeinschaftsinitiative EQUAL:

Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), erprobt diese Initiative neue Mittel der Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten im Arbeitsleben und bei der Arbeitsuche. Transnationale Zusammenarbeit, Innovation, Empowerment, thematischer und partnerschaftlicher Ansatz, Verbreitung und Integration in die "Mainstream"-Politiken und Praktiken sind die Schlüsselprinzipien von EQUAL. Die Aktivitäten werden an vier Pfeilern ausgerichtet: Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit für Frauen und Männer. Die Problematik der Asylbewerber wird ebenfalls berücksichtigt:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.html

Zur Förderung von Genossenschaften in Berlin:

In Berlin werden neuerdings auch Genossenschaften nach dem ARP (Arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm) gefördert, d.h. auch kollektive ExistenzgründerInnen aus der Erwerbslosigkeit können bei der Investitionsbank ein zinsverbilligtes Darlehen beantragen, sowie die Übernahme der Kosten für Weiterbildung und Coaching (in geringem Umfang und überwiegend erst nach

erfolgter Gründung), was bisher individuellen ExistenzgründerInnen vorbehalten war. Aber eine Gründungsförderung allein reicht nicht aus. Gerade bei Gründungen aus der Erwerbslosigkeit ist in aller Regel ein längerer Vorbereitungsprozeß erforderlich, um die notwendigen Kenntnisse zu erwerben, und als Gruppe gemeinschaftlicher UnternehmerInnen zusammenzuwachsen und ein gemeinsames Konzept zu entwickeln:

<http://tinyurl.com/bjkk>

innova eG: Gründungshemmnisse bei Genossenschaften

Dr. Burghard Flieger, Dr. Sonja Menzel, Hans-Gerd Nottenbohm - Mai 2003

- Bereits seit über einem Jahrhundert werden wirtschaftliche Gruppenselbsthilfe und Genossenschaften immer wieder als Synonym verwendet, weil die Genossenschaft ihren Mitgliedern ermöglicht, ihre persönliche wirtschaftliche Situation zu verbessern. Warum sollten nicht auch heutige Genossenschaftsgründungen an diese Tradition anknüpfen können ? Weil die genossenschaftliche Rechtsform in Deutschland unter den vorhandenen Rechtsformen mittlerweile ein Schattendasein führt ! Gründe hierfür liegen nicht vorrangig darin, dass die Gruppenselbsthilfe im Wandel der Gesellschaft in Richtung wachsender Individualisierung nicht mehr gefragt ist. Entscheidend ist vielmehr, dass die genossenschaftliche Rechtsform starke Benachteiligungen erfährt. Diese liegen u.a. in:
 - der fehlenden Bekanntheit der Genossenschaft für Neugründungen;
 - der unzureichenden Einbindung in die staatlichen Beratungs- und Finanzierungsangebote für Gründer;
 - dem fehlendem Qualifizierungsangebot für Genossenschaftsgründungen sowie deren unzureichende Einbindung in die aktive Arbeitsmarktpolitik ,
 - der strengen Gründungsprüfung aufgrund der damit verbundenen Haftung der Genossenschaftsprüfer.

Zu 2:

Im Vorfeld potenzieller Genossenschaftsgründungen sind es die Berater und deren Infrastrukturen, die Unsicherheiten und erhebliche Mängel hinsichtlich der Kenntnisse zur genossenschaftlichen Organisationsform offenbaren. Bereits in deren Ausbildung - im Hochschul- und universitären Bereich, z.B. in juristischen und betriebswirtschaftlichen Berufen – wird über Genossenschaften fast überhaupt nicht informiert.

Die Notwendigkeit und die Wirkungen von Beratungsstrukturen bzw. Anlaufstellen für genossenschaftliche Neugründungen werden in der Öffentlichkeit kaum erkannt, fokussiert und wahrgenommen. Die derzeit vorhandenen Verbände in Deutschland leisten eine solche Arbeit nicht bzw. dies gehört nicht zu ihrem unmittelbaren Aufgabenfeld. Es wird nicht durch ihre Pflichtaufgaben und damit ihre Finanzierungsmöglichkeiten abgedeckt.

Finanzierungsfragen gehören bei jeder Unternehmensform und damit auch bei Genossenschaften zu den Grund- und Überlebensfragen. Zunehmend reagieren finanzierende Banken hier eher restriktiv und lehnen die genossenschaftliche Rechtsform ab. Die Ursache dafür liegt neben Unkenntnis und zu erwartenden aufwendigen Entscheidungsstrukturen vor allem in dem eher variablen Eigenkapital. Die Wirtschaftsförderprogramme von Bund und Ländern präferieren nicht nur die Förderung Selbständiger als so genannte Existenzgründungen, sondern vergessen die genossenschaftliche Organisationsform vorrangig in der Subjektförderung

BzFdg - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

vollends. Bei den vorhandenen Formen der Unternehmensförderung hingegen konkurriert die Genossenschaft bzw. unterliegt sie den gleichen Regelungen wie große Investorengesellschaften anderer Rechtsform.

Zu 3:

Die Arbeitsförderung in Deutschland sieht u.a. vor, durch berufliche Bildung und Hilfen zur Eingliederung von Arbeitnehmern die Arbeitslosigkeit Einzelner zu verhindern oder zu beenden. Dabei betrachtet das Gesetz nur den Selbstständigen, der zum späteren Arbeitgeber wird sowie den Arbeitnehmer. Entsprechend wird die berufliche Bildung entweder auf eine spätere Selbstständigkeit oder auf eine Arbeitnehmertätigkeit abgestellt. Berufliche Bildung, die eine unternehmerische Mitgestaltung eines Unternehmens durch Arbeitnehmer vorsieht und entsprechende Qualifikationen vermittelt, ist unbekannt. Die Bedürfnisse der Genossenschaften als Arbeitgeber erfahren keine Berücksichtigung.

Einstellungen bei neu gegründeten Unternehmen werden besonders gefördert. Allerdings verlangt der § 225 SGB III auch hier „Arbeitgeber, die vor nicht mehr als zwei Jahren eine selbständige Tätigkeit aufgenommen haben, können für die unbefristete Beschäftigung eines zuvor arbeitslosen förderungsbedürftigen Arbeitnehmers auf einem neu geschaffenen Arbeitsplatz einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten“.

Auch die neueren Reformen in der Arbeitsmarktpolitik stellen ausschließlich auf eine sozialversicherungsrechtliche Selbstständigkeit ab und schließen eine Beschäftigung in einer Genossenschaft aus.

Insofern gilt es das SGB III in Richtung Gleichbehandlung der Genossenschaft nachzubessern. Darüber hinaus sind die Bedürfnisse der Genossenschaft an die Qualifikation ihrer Arbeitnehmer in die Durchführungsbestimmungen für Fortbildungsmaßnahmen gemäß SGB zu integrieren. Die Genossenschaft ist durchaus für am Arbeitsmarkt Benachteiligte die geeignetere Form, dauerhaft die Arbeitslosigkeit zu vermeiden, als die Selbstständigkeit eines Einzelnen.

Zu 4:

Beurteilungsmaßstab für die genossenschaftliche Gründungsprüfung ist: „ob nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der eG, eine Gefährdung der Belange der Mitglieder oder der Gläubiger zu besorgen ist.“ Konkurrierende Rechtsformen wie die des Vereins oder der GmbH sind nicht mit einer solchen Gründungsprüfung konfrontiert.

Hinzu kommt, dass mindestens ein Drittel aller Unternehmensgründungen in den ersten fünf Jahren scheitert. Bei der wirtschaftlichen Selbsthilfe, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hinausgeht, dürfte der Gefährdungsgrad noch höher liegen. Gleichzeitig wurde aber die Anforderung an Wirtschaftsprüfer einschließlich der Genossenschaftsprüfer und die damit verbundene Haftung erhöht.

Die Folge ist, die Gründungsprüfer müssen zum eigenen Schutz, den Aufwand der Prüfung erhöhen, um sich nicht selbst Haftungsrisiken auszusetzen. Da aber in der Gründungssituation in der Regel immer erhebliche Unwägbarkeiten auftreten, besteht, insbesondere bei Verschärfung der Prüferhaftung die Gefahr, dass die genossenschaftliche Gründungsprüfung zur Gründungsverhinderung führt.

Lösungen sind hier denkbar in Richtung Ausbau der Betreuungsprüfung (vom Selbstverständnis schon angelegt) und Haftungsbegrenzung für die Gründungsprüfung, Verringerung des Qualitätsanspruchs und der Formalitäten an

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

die Gründungsprüfung, Einrichten eines Haftungsfonds für den Zeitraum der Gründungs- und Aufbauphase von Genossenschaften (circa drei Jahre) zugunsten der Prüfer. Ohne Lösungen in diese Richtung wird der schon heute hohe Gründungsaufwand bzw. die erhebliche Bürokratie von Genossenschaftsgründungen, die viele potentiell an dieser Rechtsform Interessierte abschreckt, weiter ansteigen.

Sozialgenossenschaften: Tagungen zum Thema und Dokumentationen

Im September 2001 hat der BzFdG zusammen mit der PARITÄTischen Akademie „Sozialgenossenschaften“ zum Thema einer gut besuchten Fachtagung in Frankfurt gemacht.

Die Ev. Fachhochschule für Sozialpolitik Hamburg hat das Thema zusammen mit dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK) im Dezember 2002 unter dem Titel „Sozialgenossenschaften und Soziale Arbeit“ ebenfalls im Rahmen einer Tagung behandelt - siehe auch den nachfolgend wiedergegebenen Beitrag von Lutz Peters.

Eine weitere Tagung zu „Perspektiven für Sozialgenossenschaften im Wandel der Sozialen Arbeit“ veranstaltete der Fachbereich 4 -Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Frankfurt am Main zusammen mit dem ZdK am 13.6.2003. Sie wird im Internet dokumentiert unter:

www.fb4.fh-frankfurt.de/veranstaltungen/sozgeno

Eine erweiterte Dokumentation über die BzFdG-Veranstaltung vom September 2001 erscheint Anfang Juli 2003:

Herausgeber sind der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens und die PARITÄTische Bundesakademie. Der Titel: „Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichen Engagement und Arbeitsformen der Zukunft“.

AG SPAK Bücher Neu-Ulm, 2003, ca. 280 S., ca. 16,50 Euro , ISBN 3-930830-35-3
Internet: www.leibi.de/spak-buecher

Fachbeitrag: Gemeinwesenökonomie und Genossenschaftsgedanke

– ein traditionell aktuelles Verhältnis

Lutz Peters

Traditionslinien

Im September 2001 begann an der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonieanstalt des Rauhen Hauses in Hamburg ein bundesweit einmaliges Modellprojekt: Unter dem Titel „Gemeinwesenökonomie“ wurde ein viersemestriger Masterstudiengang eingerichtet. Damit setzt die Evangelische Fachhochschule ihre Tradition fort, die bis in das Jahr 1833 zurück reicht. Damals gründete der

Hamburger Pastor Johann Hinrich Wichern eine „Rettungsanstalt“ für proletarische Kinder. Für sie und die sie betreuenden Pädagogen schuf Wichern eine Ausbildungsinstitution, die unter dem Stichwort der „tätigen Nächstenliebe“ religiöses und politisches Engagement mit sozialer Integration und einer Orientierung auf Erwerbsarbeit verband. Diese Institutionalisierung, die Diakonieanstalt des Rauhen Hauses, hat sich im Laufe der Zeit in vielfältiger Weise ausdifferenziert, und eben auch zur Gründung der Fachhochschule geführt. In der Fachhochschule kann bis heute die enge Verknüpfung von Bildung und Ausbildung mit der sozialen Praxis - konkretisiert in dem Schwerpunkt diakonischer und sozialpädagogischer Gemeinwesenarbeit - als das wesentliche Merkmal von Lehre und Forschung angesehen werden. Gemeinwesenökonomie versteht sich in dieser Tradition als Fortentwicklung bzw. Ergänzung des gemeinwesenorientierten Schwerpunktes. Die zweite Traditionslinie, für die Ev. Fachhochschule ebenfalls mit Wichern beginnend, findet sich im Gedanken des Genossenschaftswesens. Wichern war Pädagoge und Christ. Als Pädagoge war er überzeugt, dass Erziehung der Gemeinschaft bedürfe. Als Christ war er allemal institutionskritisch genug, diese Gemeinschaft nicht allein der Kirche überlassen zu wollen, sondern siedelte sie wenigstens ebenso mitten in der Gesellschaft an: In Vereinen und Assoziationen, die er selbst in Vielzahl ins Leben rief. Und eben auch in Genossenschaften, von denen er jedenfalls eine, die „Brüderschaft des Rauhen Hauses“, selbst mittrug. Wenngleich er anmahnte, „die Genossenschaftssache nicht ,ohne die Weihe des heiligen Geistes zu lassen““ und sie auch als diakonische Aufgabe zu verstehen (Wichern 1863/1971, S. 198), hielt er auch die von ihm als „gewerbliche“ bezeichneten Genossenschaften (ders. 1862/1971, S. 194) für unverzichtbar: Als (Selbst-)Hilfeszusammenschlüsse gegen Armut, Krankheit, überteuerte Lebensmittel etc. in von Armut bedrohten Regionen – gleichviel ob ländlich oder industriell geprägt - und in einzelnen Berufsständen. Hier erblickte er im Genossenschaftsgedanken eine zentrale Perspektive für soziale Sicherung und eine gemeinschaftliche Fremd- wie Selbsterziehung.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wie heute: Besonders in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs und sich entwickelnder Armutsregionen sowie bei mangelnder staatlicher Vorsorge und eng begrenzten Ressourcen gewinnt - wie von selbst – eine Handlungsfeld in der öffentlichen Diskussion an Aufmerksamkeit, das ansonsten eher in gesellschaftlichen Nischen verborgen zu sein scheint: Das Gemeinwesen als sozialer Ort der Vergesellschaftung diesseits von (knapper) Erwerbsarbeit und die Institutionalisierung lebensweltlicher, Solidarität, Freiwilligkeit, Mitbestimmung etc. einschließender Prinzipien in der formalen Organisation von Vereinen bzw. Genossenschaften.

Perspektivlinien

Aktuell ändert sich die gesellschaftliche Bedeutung des Gemeinwesens auf zwei Weisen, die einander zu ergänzen scheinen: Zum einen kann von einer Ökonomisierung des Sozialen gesprochen werden, die sich vor allem den knapper werdenden öffentlichen Mitteln verdankt und wohl auch der dadurch mit motivierten Einschätzung, das bisherige Sozialstaatsmodell könne nach marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien nicht nur umgestaltet, sondern auch verbessert werden. Vor Ort, in den Kommunen, schlägt dies praktisch auf die Weise durch, dass die Sozialstaatsverwaltung versucht, ehemalige KlientInnen in die Rolle von KundInnen zu versetzen. Die Tendenz ist erkennbar, einen lokalen Markt für lokale Sozialdienstleistungen zu etablieren. Dabei gerät die intendierte Bürgernähe zur

Kundennähe. Seinen Ausdruck findet dieser Paradigmenwechsel im Sozialstaatsverständnis in Konzepten, die auf Verwaltungsebene nahtlos in den „Neuen Steuerungsmodellen“ aufgehen und auf politischer Ebene neudeutsch mit der sogenannten „Ich-AG“ auf den (Un-)Begriff gebracht werden. Zum zweiten wird dieser letztlich auf Individualisierung zielende Markt-Ansatz zumindest aber auch so weit als unzureichend angesehen, dass sowohl von politischer Seite wie in den Diskursen der Sozialen Arbeit der Begriff des Gemeinwesens als eine Art sozialer und emotionaler Fluchtpunkt installiert wird: Als der Ort, an dem die guten alten Werte wie Solidarität, Bürgersinn, Nachbarschafts- und Selbsthilfe etc. (wieder-)belebt werden müssten. Damit sollen zwei Dinge abgesichert werden: Erstens soll sich der Einzelne trotz allem – und auch als „Ich-AG“ - noch in seiner unmittelbaren Lebenswelt einbinden können. Zweitens sollen die kommunikativen, sozialen und ökonomischen Ressourcen erschlossen werden, die in Bürgerengagement, Ehrenamtlichkeit und überhaupt in lebensweltlichen Zusammenhängen vermutet werden. – Die Verbindung der beiden Aspekte, etwa das Verhältnis von einzelnen Marktsubjekten zu kommunaler Solidarität, bleibt bisher freilich weitgehend ungeklärt.

Diese – hier sehr grob skizzierte – Zusammenstellung von Armutsentwicklung, Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation einerseits und lebensweltlicher (ggf. ökonomisierbarer) Ressourcen andererseits ist das Ausgangsproblem eines Diskurses, der sich auf der Grundlage eines um lebensweltliche Ansprüche erweiterten Ökonomie-Begriffs auf das Konzept Gemeinwesenökonomie bezieht (vgl. Elsen 1998, S. 19f.). In dem derzeit noch laufenden Modellprojekt des Masterstudienganges Gemeinwesenökonomie an der Ev. Fachhochschule des Rauhen Hauses geht es nun darum, diesen Diskurs systematisch zu entfalten. Das Ziel ist dabei, Analyse-, Erklärungs- und Handlungswissen für integrative Problemlösungs- und Entwicklungsprozesse auf der Ebene von Gemeinwesen zu vermitteln. Der Studiengang soll also für ein Forschungs- und Berufsfeld qualifizieren, in dem theoretische und praktische Anteile so unterschiedlicher Disziplinen wie Politologie, Stadtplanung, Pädagogik, Rechtswissenschaften, Soziologie, Soziale Arbeit und Ökonomie enthalten sind und unter dem doppelten Fokus des ‚guten sozialen Lebens‘ und ‚ökonomischer (Selbst-)Entwicklung‘ aufeinander bezogen werden.

Aufgrund der Bedeutung, die dabei der bereits angesprochenen konkreten lebensweltlichen Institutionalisierung in Vereinen und Genossenschaften zukommt, veranstaltete die Fachhochschule in Kooperation mit dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e. V. im Dezember 2002 eine Tagung unter dem Titel ‚Sozialgenossenschaften und Soziale Arbeit‘. Es zeigte sich, dass die seit den 1980er Jahren in Deutschland wieder größere Beachtung findenden Sozialgenossenschaften, die sich vor allem den Zielen der Arbeitsplatzschaffung, der besseren sozialen Versorgung und dem selbstbestimmten Arbeiten verpflichtet sehen (vgl. Flieger 1998, S. 138), als Organisationsform noch unausgeschöpfte Potenziale in sich bergen. Sie können nicht nur für den unmittelbaren Zusammenhang gemeinwesenökonomischer Arbeitsansätze weiter entwickelt werden, in denen sie u. a. als Rahmen und Perspektive, als solidarischer Schutz und demokratische Partizipationsmöglichkeit, als lebensweltliche Integrationsinstanz und ökonomische Chance jenseits der „Ich-AG“ zu verorten sind. Darüber hinaus stellen sie angesichts des Sozialstaatsumbaus und den mit der Ökonomisierung des Sozialen verbundenen Veränderungen auch in der Trägerlandschaft Sozialer Arbeit und Dienste eine diskussionswürdige Perspektive dar – vorausgesetzt, Genossenschaftsgedanke und Gemeinwesenorientierung werden nicht lediglich als

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

Ausdruck einer Krise begriffen, sondern als ausbaufähige Basisstrukturen gesellschaftlicher Integration.

Insofern wird weiter intensiv zu debattieren sein, für welche Aufgaben und mit welcher Reichweite Sozialgenossenschaften als Institutionen kommunaler Selbstorganisation in der Gemeinwesenökonomie und der Sozialen Arbeit insgesamt geeignet sind, statt sozialstaatlichem Paternalismus oder ‚kunden‘-orientierter Dienstleistung eigene Felder zu besetzen oder bestehende auszubauen.

Anschlussfähig sind dafür sowohl der bereits vorliegende Entwurf einer kommunal orientierten ‚Vereinspädagogik‘ (vgl. Richter 2001, S. 205 ff.) wie auch die deutlich zahlreicher werdenden Berichte über Praxisbeispiele. Aus dem traditionell aktuellen Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit (und insbesondere der Gemeinwesenökonomie) und dem Genossenschaftsgedanken mag sich so eine auf Dauer angelegte Ehe entwickeln.

Literatur

Elsen, Susanne 1998: Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Neuwied, Kriftel.

Flieger, Burghard 1998: Sozialgenossenschaften: Neue Kooperativen zur Lösung gemeindenaher Aufgaben, in: Tilo Klöck (Hg.), Solidarische Ökonomie und empowerment (Jahrbuch Gemeinwesenarbeit; 6), Neu-Ulm, S. 137-160.

Leitfaden 2001: Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (Zweite Fassung vom 1.3.2000; zuletzt geändert am 31.19.2001. Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik.

Richter, Helmut 2001: Kommunalpädagogik. Frankfurt a.M.

Wichern, Johann Hinrich 1862/1971: Anmerkungen und Nachwort zu dem Artikel von V. A. Huber: „Das Wesen der Genossenschaft und ihre Bedeutung für die Innere Mission“, in: Ders., Sämtliche Werke, hrsg. v. Peter Meinhold, Bd. V, S. 194-196

Wichern, Johann Hinrich 1863/1971: Allgemeines über das Genossenschaftswesen, in: Ders., Sämtliche Werke, hrsg. v. Peter Meinhold, Bd. V, S. 197-200

Kontakt: Dipl.-Pol. Lutz Peters Tel. 040-65591 180, eMail: ev-fhs-hh@t-online.de

Genossenschaftsgesetz: BzFdG-Vorschläge erneut aktualisiert

Mit dem hauptsächlichen Ziel, die Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften zu verbessern, Neugründungen zu erleichtern und damit Arbeitsplätze zu schaffen, hat der BzFdG - Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. im Jahr 2000 Vorschläge zur Veränderung des Genossenschaftsgesetzes (GenG) in die Diskussion gebracht. Sie wurden auf einem sehr gut besuchten Fachforum am 08.11.2000 in Berlin mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Verbänden erörtert. Anregungen aus diesem Fachforum und aus weiteren Stellungnahmen zur Reform des GenG wurden, sofern sie den grundsätzlichen Zielen der Arbeit des BzFdG entsprechen, in die Vorschläge aus dem Jahr 2000 eingearbeitet. Der BzFdG sucht zu diesen im März 2003 ergänzten Vorschlägen weiterhin den Dialog mit den im Bundestag vertretenen Parteien, der Bundesregierung sowie den genossenschaftlichen Verbänden und Instituten.

Die neue Beschlusslage des Gesamtvorstandes vom 25.3.2003 findet sich unter:

[Aktuelles](#)

Bericht vom Forum: Schritte auf dem Weg zur genossenschaftlichen Fusion

- Informationen und Erfahrungen -

Dr. Sonja Menzel

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

Am 15.01.2003 trafen sich auf Einladung des Sächsischen Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. 50 Vertreter von sächsischen Genossenschaften, von vier wohnungswirtschaftlichen Verbänden sowie von Banken, um Informationen und Erfahrungen auf dem Weg zur Fusion auszutauschen. Der Ratsplenarsaal des Rathauses Leipzig verlieh dem Forum einen ansprechenden und würdigen Rahmen.

Dr. Edmund Schunk, stellvertretender Vorsitzender des Vereins, stellte eingangs die Intentionen der Vereinsmitglieder zum Thema heraus: Ziel ist, in Erfüllung des Förderauftrages ökonomische Vorteile für die Mitglieder zu erreichen, gemeinsam Stärken zu entwickeln und auszubauen sowie Schwächen zu kompensieren.

Viele Vorstände von Wohnungsbaugenossenschaften sind sich der Verantwortung zur Erhaltung und Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbestandes in ihrer Region bereits bewusst; sie denken zunehmend über Möglichkeiten und Alternativen der Zusammenarbeit und Kooperation bis hin zur Fusion nach. Fusionen von Genossenschaften können selbstverständlich keine „Schnellschüsse“ sein; sie sind entsprechend Umwandlungsgesetz juristisch, aber auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen, personellen, sozialen und organisatorischen Seite ausreichend und intensiv vorzubereiten. Diese Vorbereitung kostet entsprechend Zeit, vor allem und zunächst auch der Führungskräfte in den genossenschaftlichen Geschäftsbetrieben, der Vorstände und Aufsichtsräte.

Verschlafen insbesondere auch kleinere Wohnungsgenossenschaften aber die Zeit zur Entwicklung wirtschaftlicher Gemeinsamkeit und Effizienz, können sie beim bekannten Holzfällerdilemma landen: „Sie sollten ihre Axt schärfen, die ist stumpf!“ „Dafür habe ich keine Zeit, ich muss Bäume fällen.“

Von seinen umfangreichen Erfahrungen zu bereits realisierten Fusionen berichtete der Hauptreferent des Forums Rainer Richter, Vorstandsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft Burgstädt eG und Leiter des Fachausschusses Fusionen des VSWG e.V.

Im auch rhetorisch brillanten Vortrag wurden alle wesentlichen Schritte, inhaltlich zu beachtende Seiten, aber auch Hürden und Schwierigkeiten einer Fusionsvorbereitung dargestellt und beleuchtet. Nach dem Aufzeigen der vielfältigen Gründe für Fusionen ging Herr Richter explizit auf die Komplexität des Herangehens ein. Besonderes Augenmerk sollte dabei aus seiner Erfahrung heraus der ausführlichen Vorbereitung in und mit den Gremien der Genossenschaft gelten. So sollten alle Vorstände und Aufsichtsräte den Fusionsgedanken mittragen und die Mitglieder ausführlich über geeignete Formen der Mitgliederarbeit informiert, einbezogen und am Ende überzeugt sein. Hinzu kam ein regelrechtes Feuerwerk an konkreten Hinweisen und Tipps zur Vorbereitung und Realisierung der genossenschaftlichen Verschmelzung.

Uwe Scheibner, Leiter der Rechtsabteilung des Genossenschaftsverbandes Sachsen e.V. informierte die Anwesenden über wesentliche juristische Aspekte und über den Ablauf von Verschmelzungen entsprechend Umwandlungsgesetz sowie über die vielfältigen Aufgaben vor bzw. nach der Fusion. Den Zuhörern eröffnete sich ein breites Spektrum an Gesichtspunkten, von der Satzungsabstimmung über die Gestaltung einer gemeinsamen Unternehmensphilosophie, das Personalentwicklungskonzept, den Anteilstausch der Genossenschaftsanteile bis hin zum Namen für die neue Genossenschaft. Der Vortrag überzeugte überdies anhand konkrete Erfahrungen und Beispiele bei bereits realisierten Fusionen verschiedener Volks- und Raiffeisenbanken in Sachsen.

Beide kompetenten Referenten beantworteten im Anschluss eine Reihe von Fragen der Anwesenden.

BzFdg - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

In der anregenden Diskussion wiesen die anwesenden Vertreter finanzierender Banken zu Recht darauf hin, dass die möglichst frühzeitige Einbeziehung der beteiligten Banken eine der wesentlichen Voraussetzungen für das erfolgreiche Vorantreiben des Fusionsprozesses ist.

Selbstredend können steuerpflichtige Genossenschaften nicht „aus dem Stand“ mit Vermietungsgenossenschaften fusionieren. Deshalb mahnte Herr Dr. Voß, Leiter der WTS GmbH, die rechtzeitige Erstellung eines diesbezüglichen Steuergutachtens an. Das Thema „Grunderwerbssteuerbefreiung bei Fusionen und Abspaltungen“ steht im Forderungskatalog von Verbänden und Vereinen bereits viele Jahre immer wieder auf der agenda, erinnerte die Geschäftsführerin des Vereins, Dr. Sonja Menzel. Wichtig sei, die GeWSt. als Landessteuer bei Fusionen nunmehr zeitnah für die Wohnungsgenossenschaften auszusetzen. Das wird inzwischen auch avisiert, allerdings nur im Zusammenhang mit Stadtumbaumaßnahmen. – Bezüglich der Verfassungswidrigkeit der GeWSt. bei Fusionen und Abspaltungen im zugehörigen Bundesgesetz sei allerdings noch immer kein Musterprozess auf den Weg gebracht worden.

Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass es wichtig ist, insbesondere mittleren und kleinen Wohnungsbaugenossenschaften weiterhin Informationen, Erfahrungen und Hilfen bei der Vorbereitung von Fusionen anzubieten. Insbesondere wird auch der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e.V. in und mit seinen Strukturen künftige Fusionsprozesse von sächsischen Wohnungsbaugenossenschaften aktiv unterstützen, Informationsmaterial zur Verfügung stellen und den Erfahrungsaustausch befördern.

Dass und wie Genossenschaften einer Region auch verschieden intensive Möglichkeiten Wege zur Zusammenarbeit, Kooperation, nicht zuletzt in Vorbereitung von Fusionen nutzen und finden sollten, stand angesichts solcher Indikatoren wie

- der Realisierung von Abriss- und Stadtumbauvorhaben,
- der Tatsache, dass Vorstände und Aufsichtsräte einer Reihe von kleineren Bestandgenossenschaften in die Jahre gekommen sind und nicht mehr im aktiven Arbeitsprozess stehen können,
- der Notwendigkeit, die Genossenschaften auch künftig modern und effizient im Interesse aller Mitglieder zu führen und ihre Wirtschaftlichkeit zu sichern

bei den Beteiligten des Forums außer Frage.

Ziel ist und Priorität hat dabei die Erhaltung und Stabilisierung des genossenschaftlichen Wohnungsbestandes und der genossenschaftlichen Mitgliedschaft. Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften fühlen sich dem genossenschaftlichen Förderprinzip verpflichtet. Deshalb informieren sich immer mehr genossenschaftliche Geschäftsbetriebe über die Voraussetzungen für Fusionen und intensivieren die Kontakte und die Zusammenarbeit zu ihren wohngenossenschaftlichen Nachbarn.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Forum einen sicher kleinen, aber zielführenden und spezifischen Beitrag geleistet.

Thesenmaterial bzw. Unterlagen der Vortragenden können angefordert beim Sächsischen Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Tel.: 0341 699 3010, eMail: genoverein.sachsen@t-online.de

Wohnen: Arbeitskreis Wohnen: Termine / Themen ?

BzFdG - GENOSSENSCHAFTLICHE INFORMATIONEN 1 / 2003

Mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft des BzFdG und fachkundige Gäste bilden den Arbeitskreis Wohnen des Vereins. Dieser dient dem Erfahrungsaustausch sowie der Information und Meinungsbildung, insbesondere zu Finanzierungs- und Förderfragen rund um das genossenschaftliche Wohnen.

Die erste Sitzung 2003 fand statt am 25. April in Bochum bei der GLS-Bank. Die GLS und die Bank für Sozialwirtschaft stellten ihre Spar- und Bürgschafts- bzw. Kreditkonzepte vor, die geeignet sind, finanzielle Selbsthilfe auch bei kleineren Genossenschaften wirksam werden zu lassen. Das Protokoll über diese Sitzung wird kurzfristig fertiggestellt und den Arbeitskreismitgliedern zugehen.

Mitglieder aus anderen Bereichen des Genossenschaftswesens, die sich ebenfalls für den Bereich „Geld & Kredit“ interessieren, erhalten das Protokoll gerne auf Anforderung durch die BzFdG-Geschäftsstelle.

In der zweiten Sitzung 2003 am 27. Juni in Leipzig geht es hauptsächlich um die Rahmenbedingungen für neue, junge Wohnungsgenossenschaften.

Weitere Sitzungen des Arbeitskreises Wohnen sind geplant für
Freitag, 26. September und
Freitag, 28. November 2003.

Verabredungen zu den Tagungsorten und den Hauptthemen bestehen noch nicht. Für Themenvorschläge und die Bezeichnung von Informationsbedürfnissen der Mitgliedschaft sind der Vorstand des BzFdG und insbesondere der Leiter des Arbeitskreises, Wolfgang Kiehle, dankbar.

Mitglieder, die in den Verteiler für den Arbeitskreis aufgenommen werden möchten, können dies jederzeit bei der BzFdG-Geschäftsstelle anzeigen.

Vereinsnachrichten: Mitgliederversammlung am 7. November 2003 in Berlin

Zur Mitgliederversammlung 2003 wird der Vorstand einladen für Freitag, 7. November, nach Berlin.

Im Rahmen einer öffentlichen Vormittagsveranstaltung ist eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Berater bei der Wahl der Rechtsform für neue Unternehmen geplant.

Im Mittelpunkt der internen Mitgliederversammlung am Nachmittag stehen neben den üblichen Regularien vor allem die Wahlen. Wie in den vergangenen Jahren wird es darauf ankommen, Mitglieder für den Vorstand zu gewinnen und zu wählen, die ehrenamtlich und aktiv mitarbeiten wollen und können. Ein Ziel der Vereins- und Vorstandsarbeit ist es, eine Art „Agentur für Genossenschaftsgründungen“ aufzubauen, die an die Erfahrungen aus dem innova-Projekt von 1989 bis 1991 anknüpft und sich die laufende Arbeit der neuen innova eG zunutze macht.

Wer sich vor einer eventuellen Kandidatur über Art und Umfang der Vorstandsarbeit in nächster Zeit eingehender informieren möchte, dem stehen insbesondere die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes gerne zur Verfügung.

Vereinsnachrichten: Zuwendungsbestätigung über den Mitgliedsbeitrag 2003

Für die meisten Mitglieder liegt dieser Ausgabe der GENOINFOS die Zuwendungsbestätigung (früher: Spendenbescheinigung) über den Mitgliedsbeitrag für 2003 bei. Einige Mitglieder haben sie im Zuge von Einzelkorrespondenz bereits erhalten. Fünf Mitglieder haben den zum 31.3. fälligen Beitrag noch nicht entrichtet.

Termine

Zusätzlich zu den vorstehend bereits genannten Terminen wird auf folgende Veranstaltungen hingewiesen:

FR 04.07. Gelsenkirchen: Erster Wohnprojekte-Tag NRW zu „Neue Partnerschaften - eine Lobby für Wohnprojekte“

Veranstalter: GLS-Bank + Stiftung TRIAS + WohnBund-Beratung NRW - Kontakt: Tel. 0234-90 4400

FR+SA 25. + 27.7. Düsseldorf: Entdeckendes Lernen / Projektlernen in Schülerfirmen / Workshop zur Frage, wie die Rechtsform der Genossenschaft einzubringen ist.

Veranstalter: UMBRUCH Bildungswerk - Internet: www.umbruch-bildungswerk.de/ / Email: Entdeckendes-Lernen@umbruch-bildungswerk.de / Tel. 0231-8633476

FR 26.09. Hamburg: „Zukunftsorientiertes Wohnen, Bau- und Hausgemeinschaften in der wachsenden Stadt Hamburg“

Veranstalter: HWP + STATTBÄU HH + TU HH-Harburg / Einzelheiten ab Anfang Juli unter: www.stattbau-hamburg.de / Tel. 040-4329420

Zu STATTBÄU: FREIHAUS Nr. 9 erschienen

Seit 5 Jahren erscheint FREIHAUS als Informationsblatt für Bau- und Hausgemeinschaften. FREIHAUS informiert seither über Fachfragen, mischt in der politischen Diskussion um die Förderung von neuen Wohnformen mit, vermittelt Erfahrungen aus Projekten, schaut über den bundesdeutschen Tellerrand, was anderswo passiert und gibt nützliche Tipps sowie aktuelle Infos. Nun ist die 9. Ausgabe erschienen.

Zur Zeit werden bundesweit die Länderförderungen im Wohnungsbau an das neue Wohnungsbauförderungsgesetz des Bundes angepasst. Bis Ende des Jahres muss das erfolgt sein. Werden die Weichen hier nicht richtig gestellt, haben Bau- und Hausgemeinschaften in Zukunft keine Chancen, obwohl sie im Bundesrecht ausdrücklich als förderfähig betrachtet werden. FREIHAUS hat dazu die wesentlichen Knackpunkte aufgezeigt. Von großem Interesse dürfte auch das Interview sein, das der Hamburger Bausenator zur Zukunft der Bau- und Hausgemeinschaften gegeben hat. Ansonsten gibt es auch in dieser Ausgabe wieder viele Projektberichte, nützliche Infos und aktuelle Termine.

Vergriffene FREIHAUS-Ausgaben stehen im Internet unter www.stattbau-hamburg.de zum down-load bereit.

Preis: FREIHAUS Nr. 9 können Sie bei STATTBÄU für 2,-- plus 0,89 Euro Versandkosten beziehen. Die letzten drei verfügbaren Ausgaben: (Nr. 9, 8 und 7) können Sie für 5 Euro plus Versandkosten bestellen. Bitte legen Sie Ihrer Bestellung den Betrag in Form von Briefmarken bei.

Bezug über STATTBÄU HAMBURG, Neuer Kamp 25, 20 359 Hamburg, Tel.: 040-43 29 42 0

SA 25.10. München: 6. Münchner Wohnprojekttag „Zukunftsorientiert bauen, wohnen wirtschaften ! Kleine Schritte aus der gesellschaftlichen Krise“

Veranstalter: Urbanes Wohnen e.V. + Wohnbund + Wogeno eG / Kontakt: Manfred Drum, Tel. 089-346373 / Email: manfred.drum@urbanes-wohnen.de

Mitglied werden – Mitglieder werben

Der BzFdG verfolgt zwar einen ganz besonderen Zweck, nämlich den Genossenschaftsgedanken zu fördern, doch ansonsten ist er ein Verein wie jeder andere: er muss zusehen, dass sein „Vereinsleben“ gesichert ist; dass er als Verein lebendig ist und bleibt.

Zum Lebenselixier eines Vereins gehören drei Elemente:

1. eine Idee,
2. Menschen, die ihre Umsetzung betreiben,
3. und Geld, um sie realisieren zu können.

Die Zahl der Ideen, wie der Genossenschaftsgedanke zu fördern wäre, ist groß. Die Zahl der Menschen und Institutionen, die als Mitglieder mitmachen und mit ihren Beiträgen finanziell helfen, könnte größer sein.

Wenn Sie als EmpfängerIn der GENOSSENSCHAFTLICHEN INFORMATIONEN noch nicht Mitglied sind: werden Sie es !

Wenn Sie Mitglied sind: bewegen Sie bitte weitere Personen und Institutionen, dem BzFdG beizutreten.

[Beitrittserklärung](#)

Impressum

Die „GENOSSENSCHAFTLICHEN INFORMATIONEN“ werden in der Regel 4 x im Jahr herausgegeben vom „Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.“ (BzFdG) Wernerstr. 24, D-42653 Solingen.

Zusammenstellung: Wolfram Püschel

Tel. 0212-3837 555 / Fax 0212-3837 556 Email:pro-geno@t-online.de, Internet:

www.genossenschaftsgedanke.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.